

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 29. Mai 1989

Blatt 1102

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Beträchtliche Aufwendungen für die Brückeninstandhaltung (1104/FS: 27.5.)
- Planungsvergabe für die U 6-Verlängerung (1104/FS: 28.5.)
- Blasmusikfest: Bürgermeister Zilk enthüllt Gedenkstein (1105/FS: 27.5.)
- „Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion (1106/FS: 28.5.)
- Erstes richtiges Badewochenende (1107/FS: 28.5.)
- Wienerwaldtag im Wiener Rathaus (1108)
- Straßenbahn-Fahrgefühl anno 1865 (1110)
- Wiener Landtag (1111)
- Stacher: Widersprechende Oppositionsaussagen zu Lainz (1112)
- Wiener Gemeinderat (1113-1119)
- Sperre von Aufgängen in Stadtbahnstationen (nur FS/26.5.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Straßenbauprojekte in Penzing (1109)

Kultur:

- „Wiener Diwan“ — Festwochenausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts (1103/FS: 27.5.)

„Wiener Diwan“ – Festwochenausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts

Wien, 27.5. (RK-KULTUR) Die Wiener Festwochen zeigen vom 29. Mai bis 16. Juli im Museum des 20. Jahrhunderts die Ausstellung „Wiener Diwan“, die in der Auseinandersetzung von 50 zeitgenössischen Künstlern mit dem Werk Freuds ein vielfältiges Spektrum von Deutungsmöglichkeiten bietet.

Die Festwochen setzen mit dieser Ausstellung ihre Linie der Präsentation zeitgenössischer Kunst fort. 50 international renommierte Künstler aus zehn Ländern haben sich — mit meist eigens für diese Ausstellung geschaffenen Werken — dem Thema Freud gestellt. Die Vielfalt der daraus resultierenden Reflexionen und bildnerischen Umsetzungen ergibt nicht nur eine Standortbestimmung der Kunst unserer Tage in bezug auf Freud, sondern auch eine Musterschau der modernen Kunst von der surrealistischen Zeichnung über individuelle Mythologien, konzeptionelle Ansätze, erzählerische Bildfolgen bis hin zur Großskulptur und Architektur.

Die Ausstellung — mit Werken von Künstlern wie Roy LICHTENSTEIN, Andy WARHOL, Markus LÜPERTZ, Keith HARING, Francesco CLEMENTE, Arnulf RAINER, Hans HOLLEIN, Walter PICHLER oder Christan Ludwig ATTERSEE — ist täglich außer Mittwoch von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 50 Schilling, für Schüler, Lehrlinge, Studenten und Militär in Uniform 30 Schilling, für Schüler in der Gruppe je 10 Schilling. (Schluß) gab/gg

Bereits am 27. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Beträchtliche Aufwendungen für die Brückeninstandhaltung

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Für die laufend notwendige Instandhaltung und Instandsetzung von Objekten der Stadt Wien auf dem Sektor „Brücken“, wobei darunter nicht nur Brücken im engeren Sinn, sondern auch Stege, Gewölbe, Stiegenanlagen, Stützmauern, Verkehrsbauwerke, Durchlässe und ähnliches zu verstehen sind, muß die Stadt Wien Jahr für Jahr beträchtliche Mittel aufwenden. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung dafür insgesamt 20,4 Millionen Schilling, wobei sich der Bogen der auszuführenden Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen von Korrosionsschutz- und Abdichtungsarbeiten bis zu Belags- und Pflasterherstellungen erstreckt. (Schluß) pz/bs

Bereits am 27. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Planungsvergabe für die U 6-Verlängerung

Wien, 28.5. (RK-KOMMUNAL) Für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 6 im 12. beziehungsweise 23. Bezirk von der Liebenstraße bis zur Ketzer-gasse wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie die Vergabe der Ausschreibungs- und Einreichplanung beschlossen, für die ein Betrag von 23 Millionen Schilling aufzuwenden sein wird. (Schluß) pz/bs

Bereits am 28. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Blasmusikfest: Bürgermeister Zilk enthüllt Gedenkstein

Wien, 27.5. (RK-LOKAL) Tausende Wiener und Besucher der Bundeshauptstadt erlebten Samstag das 10. Österreichische Blasmusikfest am Rathausplatz mit. 2.700 Musiker begeisterten mit ihren musikalischen Grüßen. Anlässlich des Jubiläums enthüllte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK einen Gedenkstein im Rathauspark. ÖBV-Präsident Dr. WEYERMÜLLER dankte dem Bürgermeister für seine Initiative, die maßgeblich zum großen Erfolg des heuer zum zehnten Mal stattfindenden Blasmusikfestes beigetragen habe. Wien sei dadurch auch zur „Hauptstadt der Blasmusik“ geworden. (Schluß) lei/gg

Bereits am 27. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion

Wien, 28.5. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten KonsumentInnen dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet kommenden Dienstag, den 30. Mai, von 8 bis 13 Uhr auf dem Meidlinger Markt statt. Wer sich also über umweltbewußtes Einkaufen informieren möchte, kann dies direkt am Markt tun. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 28. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Erstes richtiges Badewochenende

Wien, 28.5. (RK-LOKAL) Das prächtige Wochenendwetter nutzten tausende Wienerinnen und Wiener zu einem Besuch in den städtischen Sommerbädern. Bei Mittagstemperaturen von 24 Grad wurden am Sonntag rund 25.000 Sonnenhungrige gezählt. Im Kongreßbad waren mittags etwa 2.000, im Gänsehäufel 5.000 und im Schafbergbad 3.000 Badegäste. Am Samstag wurde die Hälfte gezählt. Auf der Donauinsel tummelten sich Sonntag rund 20.000 Besucher/innen. (Schluß) lei/gg

Bereits am 28. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wienerwaldtag im Wiener Rathaus

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Dem gemeinsamen Schutz des Wienerwaldes ist der Wienerwaldtag, der am 31. Mai im Wiener Rathaus von den Bundesländern Wien und Niederösterreich abgehalten wird, gewidmet. Namhafte Referenten beschäftigen sich u. a. mit Schutzmaßnahmen für den Wienerwald. Durch gemeinsame Aktivitäten der beiden Bundesländer soll das Bewußtsein der Bevölkerung für die Erhaltung des Wienerwaldes in seiner Funktion als Kulturlandschaft und Erholungsraum im Sinne der Wienerwald-Deklaration verstärkt werden. Beim Wienerwaldtag kommen im Rahmen einer Diskussion auch die unterschiedlichen Standpunkte zu dieser Problematik zur Sprache. Im Anschluß daran findet eine Exkursion in den südlichen Wienerwald statt. (Schluß) du/gg

Straßenbauprojekte in Penzing

Ausstellung in der Bezirksvorstehung

Wien, 29.5. (RK-BEZIRKE) Über größere Straßenbauprojekte in Penzing informiert eine Ausstellung, die vom 31. Mai bis 9. Juni in der Bezirksvorstehung zu sehen ist. Folgende Projekte werden vorgestellt: Westausfahrt-Wiental; Linzer Straße — zwischen Hochsatzengasse und Baumgartner Spitz; Linzer Straße — im Bereich der Rosentalgasse; Felbigergasse — zwischen Moßbachergasse und Gusenleithnergasse; Felbigergasse — zwischen Pachmanngasse und Waidhausenstraße, Grassigasse; Hüttelbergstraße. Zu den einzelnen Projekten können die Besucher Stellung nehmen. Die Ausstellung in den Räumen der Bezirksvorstehung Penzing (13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stiege, 1. Stock) ist Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, donnerstags bis 18 Uhr geöffnet. Jeweils ab 12 Uhr stehen Planungsexperten für Erläuterungen zur Verfügung. (Schluß) end/rr

Straßenbahn-Fahrgefühl anno 1865

Tramwaytag bietet Nostalgisches und Modernes

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Das Fahrgefühl anno 1865 erleben, und zwar bei einer Rundfahrt mit der Pferdetramp — das ist eine der vielen Attraktionen des 5. Wiener Tramwaytages, der diesmal in der Zentralwerkstätte Simmering der Wiener Verkehrsbetriebe (Simmeringer Hauptstraße 252) am Samstag, dem 3. Juni von 10 bis 16 Uhr, stattfindet. Wer lieber Modernes hat, kann statt der Pferdetramp auch einen U-Bahn-„Silberpfeil“, eine Straßenbahngarnitur oder einen Autobus selbst pilotieren.

Hit auch für Fotofreunde: Am Vorkopf der „ZW“ gibt es die Gelegenheit, vom Oldtimer bis zum modernsten Zugfahrzeuge der Verkehrsbetriebe zu besichtigen und zu fotografieren.

Neben den Publikumsfahrten, die natürlich nur am Werksgelände stattfinden, kann man auch den Straßenverkehr aus der Sicht des Tramwayfahrers erleben: Am „Fahrerstandsimulator“ ist das möglich.

Bei einem Rundgang durch die Werkstätten kann man das „Straßenbahn-Spital“ mit seinen verschiedensten Aufgaben kennenlernen. Fachleute stehen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Im Tramwayshop gibt es die neuen HO-Modelle der Stadtbahnfahrzeuge, die bisher nur im Straßenbahnmuseum erhältlich waren, um 75 Schilling (Motorsatz 300 Schilling) wie auch alle übrigen Modelle der Wiener Verkehrsbetriebe zu kaufen. Natürlich gibt es auch wieder den Tramway-Flohmarkt mit gebrauchten Ausrüstungsgegenständen der Verkehrsbetriebe, der immer wieder von Tramway-Fans gestürmt wird.

Information gibt es diesmal vor allem über die neue U-Bahn-Linie U 6, die im Oktober den Betrieb aufnehmen wird. Ein buntes Unterhaltungsprogramm mit Al Fats Edwards, den Flamingos, den Lustigen Waldviertlern und mit Tony Rei sowie Gerhard Steffen gehört natürlich auch dazu. Durch die Veranstaltung wird Elisabeth Vitouch führen.

Mit einem Sonderfahrerschein, der bei allen Informations- und Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe erhältlich ist, kann man am „Tramwaytag“, Samstag, 3. Juni, von 9 bis 19 Uhr alle Linien der Wiener Verkehrsbetriebe und der Wiener Lokalbahnen in der Kernzone 100 kostenlos benutzen. Die Zentralwerkstätte ist mit der Straßenbahnlinie „71“ bis zum Zentralfriedhof Tor 3 und von dort mit der Autobuslinie „71 A“ zu erreichen. Es gibt aber auch einen eigenen Zubringerdienst: Ab dem Reumannplatz (Quellenstraße) mit Oldtimer-Straßenbahnen oder ab dem Karlsplatz mit Autobussen — und wieder zurück. (Schluß) roh/gg

Wiener Landtag

Parkometergesetz

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines 1. Präsidenten Ing. HOFMANN trat der Wiener Landtag am Montag um 9 Uhr zu seiner 15. Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) legte eine Novelle des Parkometergesetzes vor. Die Diskussion über die Überwachung des ruhenden Verkehrs sei vom Innenministerium und der Polizeidirektion ausgegangen, unter dem Aspekt, die Polizei zu entlasten. Es ist eine Übereinkunft erzielt worden, daß die Überwachung des ruhenden Verkehrs in den Kurzparkzonen durch Organe der Stadt Wien übernommen wird. Diese Organe können aber nur bei Verletzungen der Gebührenpflicht, nicht aber bei anderen Verstößen einschreiten. Mayr sprach sich dagegen aus, diese Überwachung Privaten zu überlassen. Eine rigorose Überwachung würde — auch im Interesse der Behörde — zu einem Sinken der Strafen führen. Das könne aber ein Privater nicht wollen, da er ja Gewinne erzielen müsse.

Wien übernimmt also per 1. Juli die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen. Dafür werden Beamte der Revisionsstelle der MA 4 eingesetzt, die mit einem entsprechenden Ausweis ausgerüstet werden.

Diese Novelle sei nötig, sagte StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), weil die Verkehrssituation immer problematischer werde. Die Novelle selbst löse aber das Problem nicht und sei bestenfalls eine Notmaßnahme. Pawkowicz sprach sich für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs aus und verwies darauf, daß die Stellplatzproblematik immer schärfer werde. Es gehe darum, den nicht berufs- und wirtschaftsbedingten Verkehr, das sind immerhin rund 30 Prozent, zu vermeiden. Die jährlichen Straf gelder in der Größenordnung von rund 200 Millionen Schilling sollten für den Bau von Stellplätzen verwendet werden. Als wichtigste Maßnahmen nannte Pawkowicz die Errichtung von Garagen in den städtischen Ballungszentren sowie die Verpflichtung der Stadt, bei Verlust von Stellplätzen Ersatzparkflächen zu schaffen. Gleichzeitig müßten für die Bewohner der Fußgängerzonen und verkehrsarmen Zonen Sondermaßnahmen getroffen werden.

LAbg. NEUMANN (ÖVP) kritisierte, daß sich Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR ursprünglich gegen den Vorschlag gewandt hätte, die Kontrolle der Kurzparkzonen durch die Stadt Wien zu übernehmen. Neumann sprach sich dafür aus, die Durchführung dieser Kontrolle privaten Firmen zu übertragen. Weiters erneuerte er den Vorschlag der ÖVP, für Anrainer in Kurzparkzonen ein „Parkpickerl“ einzuführen und brachte einen entsprechenden Antrag ein.

LAbg. OBLASSER (SPÖ) verwies auf die zahlreichen Verbesserungen im öffentlichen Verkehr in den letzten Jahren. Angesichts der steigenden Motorisierung und der damit verbundenen ständigen Verknappung des Parkraumes betonte Oblasser die Notwendigkeit einer Parkraumbewirtschaftung und auch der Schaffung von Garagen für die Wohnbevölkerung. Oblasser sprach sich gegen das „Parkpickerl“ aus, da die Möglichkeiten des Mißbrauchs zu groß seien. Die Änderung des Parkometergesetzes stelle eine taugliche Verbesserung im Sinne einer zukunftsorientierten Parkraumpolitik dar.

In seinem Schlußwort sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, er habe sich nicht gegen die Übernahme dieser Aufgabe durch die Stadt Wien gewandt, sondern dagegen, diese Aufgabe ohne die dazugehörigen Mittel zu übernehmen. Eine Privatfirma sei seiner Meinung nach für die Einhebung der Gebühren nicht geeignet, da es einer solchen um die Gewinnmaximierung und nicht um die Verbesserung der Verkehrssituation ginge.

ABSTIMMUNG: Die Novelle zum Parkometergesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP zur Einführung eines „Parkpickers“ wurde zugewiesen.

Der Landtag endete um 10.20 Uhr. (Schluß) red

Stacher: Widersprechende Oppositionsaussagen zu Lainz

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Die Opposition sei sich offensichtlich un-
einig hinsichtlich ihrer Meinung beziehungsweise der Aussagen im Zu-
sammenhang mit den Vorfällen im Krankenhaus Lainz. Dies erklärte Mon-
tag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Un-
mittelbarer Anlaß dafür waren zwei Pressegespräche, die von ÖVP- be-
ziehungsweise FPÖ-Mandataren abgehalten wurden. So verlangte etwa
die FPÖ Sofortmaßnahmen, während die ÖVP ihn, Stacher, aufforderte,
zunächst einmal die Ergebnisse der Kommission abzuwarten und nicht
Entscheidungen vorwegzunehmen. Zu den seitens der FPÖ erhobenen
Vorwürfen zur Tätigkeit des Spitalsombudsmannes stellte Stacher erneut
fest, daß es bei diesem bis zum Bekanntwerden der Vorfälle in der I. Medizi-
nischen Abteilung des Krankenhauses Lainz lediglich sieben Beschwer-
den über den pflegerischen Bereich gegeben habe. Von einer Häufung der
Beschwerden beim Ombudsmann VOR diesem Zeitpunkt zu sprechen, sei
daher nicht richtig. Erst mit der Einrichtung einer speziellen Telefonservice-
stelle im Büro des Ombudsmannes, um jedermann die Möglichkeit zu
bieten, rasch und unbürokratisch Auskünfte zu erhalten beziehungsweise
Beobachtungen mitzuteilen, sei auch die Zahl der Anrufe gestiegen.

Jungärzte, Genesungspflege

Auf die von FPÖ-Gemeinderat Dr. HIRNSCHALL aufgestellte Forderung,
die auf einen Turnusplatz wartenden Jungärzte in der Krankenpflege ein-
zusetzen, wies Stacher erneut auf das bedauerlich geringe Interesse der
wartenden Jungärzte dafür hin. Bekanntlich wurden von den 2.800 wart-
enden Jungärzten all jene angeschrieben, die bereits bei der Anmeldung
im Pflegedienst arbeiten zu wollen bekundet hatten. Bisher haben sich je-
doch nur 16 dafür gemeldet. Zur Forderung, den Jungärzten die Möglich-
keit zu medizinischen Gesprächen mit Abteilungsärzten und Oberärzten
zu bieten, meinte der Gesundheitsstadtrat, daß dies selbstverständlich
möglich wäre, jedoch nicht angeordnet werden könnte.

Zu den ÖVP-Vorwürfen bezüglich der von ihm gemachten Vorschläge er-
klärte Stacher, daß es sein legitime Recht als Stadtrat wäre, auch seine
Wünsche für organisatorische Veränderungen zu formulieren. Angriffe
dagegen seien unverständlich und zeigten von mangelndem Demokratie-
verständnis. Es sei aber auch interessant, daß seitens der ÖVP-Mandatare
bei dem in Kürze vorzulegenden Konzept für ein Kuratorium für Gene-
sungspflege bereits von einer „zentralen ambulanten Großinstitution“ ge-
sprochen werde, ohne dieses Konzept zu kennen. Offensichtlich gehe es
bei dieser geführten Diskussion um Oppositionspolitik um jeden Preis,
meinte Stacher. (Schluß) zi/gal

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Der Termin der Inbetriebnahme der Müllverbrennung in der Müllverbrennungsanlage Spittelau stehe noch nicht fest, sagte StR. HATZL (SPÖ) auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ). Man sei zwar bautechnisch soweit, um den Betrieb in vollem Umfang aufzunehmen, einige Verfahren seien jedoch noch nicht abgeschlossen, sagte Hatzl. Was die Einhaltung der Grenzwerte des Bundesluftreinhaltegesetzes in der Müllverbrennungsanlage Spittelau betreffe, so würden diese entsprechend den gesetzlich vorgesehenen Bestimmungen zeitgerecht erfüllt werden.

Es sei die grundsätzliche Absicht der Stadt Wien, den Franz-Jonas-Platz in Floridsdorf als Endstelle der U-Bahn-Linie U 6 auszubauen, sagte StR. HATZL auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. FÜRST (ÖVP). Es gebe aber noch keine Vereinbarung mit der Bundesregierung und daher auch keinen Termin. Auch für den Bau der U 6 bis zur Station Strandbäder zum Fertigstellungstermin EXPO müßte die betreffende Vereinbarung noch vor dem Sommer unterzeichnet werden. Die Endstelle Franz-Jonas-Platz könnte aber auch im Falle einer sofortigen Vereinbarung vor der Weltausstellung nicht mehr in Betrieb genommen werden.

Zum Ausbau des Radwegenetzes im heurigen Jahr sagte StR. HATZL auf die DRITTE ANFRAGE von GR. REITER (SPÖ), besondere Schwerpunkte seien der Augarten-Radweg als wichtige innerstädtische Radwegeverbindung und der Radweg Ödenburger Straße in Floridsdorf. Weitere Ausbauten des Radwegenetzes werden im 2., 3., 4., 10., 12., 13. und 21. Bezirk durchgeführt. Auch das Bauprogramm der Fahrradabstellanlagen schreite zügig voran, sagte Hatzl. Bis Ende 1988 habe es an 308 Standorten Anlagen zum Abstellen von 2.782 Fahrrädern gegeben. 1989 kommen weitere 38 Standorte fix dazu, weitere 70, die mit Hilfe von Sponsorfirmer errichtet werden sollen, sind geplant.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Gemeinderätin Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) nach der Bereitschaft, das Lernprojekt für Ausländerkinder des Vereins Exil durch die Stadt Wien finanziell zu unterstützen, verwies Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) darauf, daß die Stadt Wien jährlich mit 500 Förderungsansuchen befaßt werde, die eingehend geprüft werden müssen. Über das konkrete Projekt könne er derzeit keine Auskunft geben, sagte Mayr.

Auf die FÜNFTTE ANFRAGE von GR. STEIER (SPÖ) nach dem wirtschaftlichen Erfolg der „Cats“-Aufführungen in Wien, antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß die Umwegrentabilität theoretisch einen Ausgleich zu den Subventionen der Stadt Wien bringe. Allerdings komme der wirtschaftliche Erfolg aus der Umwegrentabilität neben Wien auch allen anderen Gebietskörperschaften im Wege des Finanzausgleichs zugute. Nach einer Studie dürften 24.000 Touristen innerhalb eines Jahres (1987) in erster Linie wegen „Cats“ Wien zu ihrem Ziel gewählt haben. Hätte man nur „Cats“ und nicht auch Festwochen-Produktionen aufgeführt, wäre der wirtschaftliche Erfolg des Theaters an der Wien noch größer gewesen. Die „Cats“-Vorstellungen waren zu 98,6 Prozent ausgebucht. „Cats“ wird voraussichtlich noch bis August 1990 in Wien gespielt werden. Danach wird der Gemeinderat über eine Zusammenarbeit mit den Bundestheatern zu entscheiden haben, in der es darum geht, wie Wien sein Image als Musical-Stadt beibehalten kann.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Karin LANDAUER (FPÖ) nach Maßnahmen, um die Anwesenheit der leitenden Ärzte in den Spitälern auszu-

dehnen, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER fest, daß die leitenden Ärzte ihre Dienstzeiten erfüllen, ja daß sie sogar mehr leisten, als sie leisten müßten. Die Primärärzte müssen bei Bedarf jederzeit, also auch in der Nacht und an Wochenenden, verfügbar sein. Die Primärärzte sollten, so Stacher, ihre Privatordinationen gegen Kostenersatz am Nachmittag in den Spitälern durchführen. Oberärzten werde eine Kassenpraxis nicht gestattet.

Zur Frage der Hauskrankenpflege meinte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER in Beantwortung der SIEBENTEN ANFRAGE von GR. Dr. RASINGER (ÖVP), dieser Ausdruck sei zu undifferenziert. Es gehe um die Behandlungspflege durch mobile diplomierte Schwestern, um die Grundpflege durch geprüfte Stationsgehilfen und um die Haushaltsführung durch die Heimhilfe. Eine Arbeitsgruppe zur Lösung dieser Frage habe er bereits einberufen, und er strebe auch ein Gesetz für die Hauskrankenpflege an, wobei auch die Finanzierung gesichert werden müsse. Ein Konzept für die Genesungspflege werde möglicherweise schon dem nächsten Gemeinderat vorliegen. Hier gehe es um die Pflege von Patienten, die früher aus dem Krankenhaus nach Hause entlassen werden können und zu Hause vom Krankenhaus aus nachsorgend betreut werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. LEHNER (SPÖ), wie die derzeitige Situation der AIDS-Kranken in Wien ist, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß bisher 121 Patienten als erkrankt gemeldet wurden, von denen 46 bereits gestorben sind. In ganz Österreich seien von den bisher 277 Erkrankten 132 gestorben. Darüber hinaus sind in Wien 1.517 Personen als HIV-infiziert gemeldet. In fast drei Viertel der Fälle handelt es sich um Homosexuelle. In den kommenden fünf bis zehn Jahren ist mit einem deutlichen Ansteigen der Erkrankungen zu rechnen. Für die Unterbringung der Erkrankten wurde an der 1. Universitätshautklinik eine AIDS-Station mit 14 Betten sowie eine Ambulanz eingerichtet. Eine weitere Station im Pulmologischen Zentrum mit rund 30 Betten wird voraussichtlich im Sommer in Betrieb gehen. Darüber hinaus werden Erkrankungen auch in allen anderen Spitälern behandelt.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ), welche Maßnahmen die Jugendzentren im Bereich der Berufsinformation bzw. Berufsintegration von Jugendlichen setzen, antwortete Vizebürgermeisterin SMEJKAL (SPÖ), daß insbesondere mit dem Projekt „Lernstadt Triester Straße“ Beratungs- und Bildungsmöglichkeiten für erwerbslose Jugendliche geschaffen wurden. Dort werde etwa die Ausbildung in ungewöhnlichen Frauenberufen, die Heranbildung von Umweltarbeitern sowie die Ausbildung in einer Holzwerkstatt gefördert. In Margareten gibt es ein Projekt für erwerbslose Frauen, in Meidling Berufsorientierungskurse für Frauen, in Erdberg ein Gastarbeiterprojekt und in Strebersdorf das Modell „Berufsorientierungswoche“. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Kurse und Informationsmöglichkeiten, deren Erfolg vor allem auf der Zusammenarbeit der Jugendzentren mit Schulen und Institutionen der Berufsberatung beruht.

Nettig zum Stadtrat gewählt

Anstelle des bisherigen Stadtrates Dr. Erhard BUSEK wurde auf Vorschlag der ÖVP Walter NETTIG zum Stadtrat gewählt. Von 92 abgegebenen Stimmen erhielt er 89 Ja-Stimmen. Nach seiner Angelobung gratulierte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Stadtrat Nettig.

Das Gemeinderatsmandat von Walter Nettig übernahm Dr. Herlinde ROTHAUER, die angelobt wurde.

Forts. von Blatt 1113

Forts. auf Blatt 1115

Wohnhausneubauten

GR. WOLLER (SPÖ) beantragte die Genehmigung eines Baudurchführungsvertrages für Gemeindebauten durch die Firma GESIBA. Die Wohnungsbauten im 15. Bezirk, Toßgasse 5, Diefenbachgasse 30, und Sturzgasse 31-33, sollen 48 Wohnungen beinhalten.

Bereits im Oktober 1987, kritisierte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), sei der Baudurchführungsvertrag von der GESIBA unterzeichnet worden, die Weiterreichung der Verträge habe also mehr als eineinhalb Jahre gedauert. Im Falle Toßgasse werde der Bau vom Abbruch bis zur Fertigstellung rund zehn Jahre benötigen, der Bau der Diefenbachgasse sei ebenfalls bereits Ende 1985 beschlossen worden. Auch im Falle des Wohnungsneubaus in der Sturzgasse liege seit 1986 ein Beschluß des Gemeinderates vor. Es gebe keine plausible Erklärung, sagte Wöber, für die Verzögerung und damit Verteuerung der Wohnbauvorhaben. Darüber hinaus sei festzustellen, daß die WIBEBA bereits mit der Bauausführung betraut sei, obwohl eine Ausschreibung erst nach dem heutigen Beschluß möglich sei. Wöber forderte eine Untersuchung durch das Kontrollamt.

Man müsse feststellen, sagte GR. STEINBACH (SPÖ), daß die Bau- und Mietkosten bei diesen Bauvorhaben besonders günstig liegen werden. Darüber hinaus seien diese Bauvorhaben nur im Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken zu sehen. Es habe Probleme bei der Absiedlung beziehungsweise beim Abbruch der Nachbarobjekte gegeben. Auch hätten einige Ausschreibungen für das Objekt Sturzgasse keine Ergebnisse gebracht, die Baukosten für andere Objekte hätten den Kriterien der Wirtschaftlichkeit widersprochen, weshalb sich Verzögerungen ergeben hätten. Aufgrund dieser vorerst überhöhten Kosten habe man Verzögerungen in Kauf genommen, um den Wohnungswerbern finanziell verkraftbare Möglichkeiten bieten zu können.

Er nehme die Verzögerung bei den Wohnbauvorhaben Toßgasse, Diefenbachgasse und Sturzgasse gerne auf sich, erklärte Stadtrat EDLINGER (SPÖ). Der kommunale Wohnbau habe vor allem eine soziale Funktion, die mit Mietzinsen von 50 bis 60 Schilling pro Quadratmeter, wie sie aus den ersten Entwürfen zustande gekommen wären, nicht vereinbar sei. Die Kosten würden nun aufgrund der Ausnützung des differenzierten Instrumentariums der neuen Wohnbauförderung etwa 30 Schilling betragen und seien somit für den Wohnungswerber tragbar. Das neue Wohnbauförderungsgesetz ermögliche, unterstrich Edlinger, durch Zuschläge, wie sie in diesem Fall erfolgt seien, für den Mieter kostengünstige Wohnungen auch dann zu errichten, wenn die Verbauung von Lücken im dichtbesiedelten Gebiet teurer ist als am Stadtrand.

StR. Edlinger, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung, sei die Antwort auf seine Kritik bezüglich der WIBEBA schuldig geblieben. Darüber hinaus sei zu unterstreichen, daß der 15. Bezirk den höchsten Wohnungsstandardanteil Wiens habe, und Planungsfehler und Verzögerungen sich besonders nachteilig für die Wohnungssuchenden in diesem Bezirk auswirken.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Abschluß von Ambulanzverträgen

GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte den Abschluß von Ambulanzverträgen mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Es geht dabei um Neuformulierungen beziehungsweise Zusatzvereinbarungen zu bestehenden Ambulanzverträgen.

Gemeinderätin Karin LANDAUER (FPÖ) stellte fest, daß die Bezahlung der Ambulanzleistungen bei weitem nicht kostendeckend sei. Die Differenz muß von den Bürgern der Stadt getragen werden. Durch ungünstige Regelungen bleiben Patienten, die einmal an eine Ambulanz verwiesen wurden,

Forts. von Blatt 1114

Forts. auf Blatt 1116

Forts. von Blatt 1115

bis zum Ende der Behandlungen an diese gebunden. Viele Leistungen ließen sich durch niedergelassene Ärzte adäquat erbringen. Allerdings bringe der Frühschluß am Freitag bei den Fachärzten einen Versorgungsmangel. In einem ANTRAG verlangte Landauer, die Gemeinde Wien solle gemeinsam mit der Ärztekammer eine Informationsaktion über das Leistungsangebot von niedergelassenen Ärzten ins Leben rufen und versuchen, die Patienten zum Facharztbesuch, statt zum Aufsuchen der Ambulanz zu motivieren. Der Erlaß der Wiener Spitalsverwaltung, wonach Patienten, die einmal in einer Spitalsambulanz behandelt werden, dort bis zum Ende der Behandlung betreut werden müssen, solle widerrufen werden, forderte Karin Landauer.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) meinte, die Ambulanzverträge seien der falsche Weg und eine reine Geldbeschaffungsaktion. Oberstes Ziel sei die optimale Versorgung der Patienten, doch als nächstes müsse gleich die kostengünstigste Möglichkeit dazu als Maxime angesehen werden. Nicht die Patienten sollten sich aussuchen können, welche Stufe der medizinischen Versorgung sie in Anspruch nehmen. Vielmehr solle dies jeweils dort entschieden werden. In Wien fehle es an Konzepten für die Außenversorgung, und die Abgeltung über die Ärztehonorare sei unbefriedigend. In den Spitälern solle es nicht den jetzt angeordneten Dienst nach Vorschrift geben, sondern eine Kooperation der Mitarbeiter, wie bisher.

GR. DINHOF (SPÖ) forderte die ÖVP auf, nicht einfach Reformen zu verlangen, sondern konkrete Vorstellungen zu präsentieren. Dem Wiener Gemeinderat müsse es zugebilligt werden, Geldmittel für das Gesundheitswesen zu erschließen. Die Kosten der medizinischen Versorgung sind nicht nur Aufgabe der Krankenkassen, sondern müssen auch Sache der Gemeinde sein, sagte Dinhof. Die Forderung nach Kostendeckung sei daher wohl berechtigt, aber angesichts der finanziellen Ausstattung der Krankenkassen unrealistisch. Letztlich müsse jedenfalls der Patient für die Kosten des Gesundheitswesens aufkommen. Zum Antrag der FPÖ stellte Dinhof fest, daß es Sache der Landesvertretung wäre, das Angebot der Ärzte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Man müsse dies allerdings im Lichte der Feststellung von GR. Dr. Rasinger sehen, daß die Ärzte wegen zu geringer Bezahlung nur zu einem begrenzten Angebot dazu in der Lage sind. Die Fachärzte sollten sich zu einer besseren Ordinationszeitenregelung entschließen.

Gemeinderätin DKfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) kritisierte, daß der angeordnete „Dienst nach Vorschrift“ vom Personal sehr negativ aufgenommen wurde und den Patienten viele Nachteile gebracht habe. In vielen Bereichen sei es gar nicht möglich, diesen Dienst nach Vorschrift einzuhalten. Vor allem im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe und in den Städtischen Pflegeheimen sei das Verhältnis der Zahl diplomierten zu jener des undiplomierten Personals unbefriedigend. Es sei an der Zeit, bestehende Vorschriften zu überprüfen und entweder die Vorschriften an die Realität oder die Realität an die Vorschriften anzupassen. Die Personalsituation sei extrem angespannt, und die wöchentliche Dienstzeit betrage bis zu 56 Stunden. Von der ÖVP angebotene Vorschläge und Konzepte für Verbesserungen seien nicht angenommen worden. Die ÖVP fordert im Pflegebereich die Einstellung von Teilzeitpersonal, die Entlastung von administrativen Tätigkeiten, die Beschäftigung von mehr Abteilungshelferinnen, eine intensive Werbung für den Krankenpflegeberuf sowie Änderungen bei Besoldungsschema und Ausbildung.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) zeigte Verständnis für die Forderung des Sanitätshilfspersonals, Dienst nach Vorschrift machen zu wollen, da dies mehr Sicherheit für diese Berufsgruppe bedeutet. In den neuen, vom Landes-sanitätsrat erarbeitenden Arbeitsrichtlinien müsse der Arzt feststellen, was von den einzelnen Mitarbeitern auf der Station geleistet wird. Zur Krankenpflegeausbildung sagte Forster, daß aufgrund des oft geringen Interesses

Forts. auf Blatt 1117

in den Bundesländern die Ausbildung dafür und damit auch die Kosten in Wien konzentriert sind. Und obwohl die Bezahlung besser ist als in anderen Bundesländern, gebe es einen Mangel insbesondere beim diplomierten Personal, weshalb auch Teilzeitbeschäftigung möglich ist. Zu den Spitalsambulanzen generell sagte Forster, daß sie deshalb so stark frequentiert werden, weil einfach die Behandlung eine gute ist.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) betonte, daß die Gesundheitsvorsorge nicht Aufgabe der Wiener Spitalsambulanzen sei. Sie kritisierte, daß die Magistratsabteilung 17 sich zu wenig bemühe, den Arzt zur Drehscheibe des Gesundheitswesens zu machen. Ferner übte sie Kritik daran, daß Ausländerinnen bis zur Nostrifizierung keine Beschäftigung in der Krankenpflege bekommen können. Schließlich verlangte Hampel-Fuchs, daß endlich die Hauskrankenpflege realisiert werde.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beurteilte es als erfreulich, daß nunmehr nicht ausschließlich nur über hohe Kosten, sondern endlich auch über den tatsächlichen Personalbedarf sowie notwendige zusätzliche Leistungen diskutiert wird. Zur Kritik des Kontrollamtes stellte er fest, daß den Spitälern dadurch viel Arbeit erwächst, weil die Außenversorgung aufgrund eines allgemeinen Ärzte- und auch Fachärztemangels nicht ausreiche. Ärztekammer und Versicherungen hätten wenig zu entsprechenden Verbesserungen beigetragen. Die Gründung von Ärztezentren, Gemeinschafts- und Gruppenpraxen werde durch sie nicht besonders unterstützt. Die neuen Ambulanzverträge bedeuten einen Fortschritt, weil dadurch der Leistungsnachweis verbessert wird.

ABSTIMMUNG: Die Post Nr. 25 wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP, die Post Nrn. 27 und 69 mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der FPÖ wurde zugewiesen.

Subvention für EVA - Mozart 1991

GR. OBLASSER (SPÖ) stellte den Antrag auf Genehmigung der fünften Subventionsliste im Gesamtausmaß von 6,590.457 Schilling an verschiedene Vereinigungen, darunter ein Betrag von 2,376.000 Schilling an den Verein Energieverwertungsagentur, EVA.

Die Subventionsliste werde von der Volkspartei nicht abgelehnt, sagte GR. CZERNY (ÖVP), die Subvention an die EVA von 2,376.000 Schilling lehne die ÖVP aber ab. Diese Subvention sei der Ersatz für das Jahresgehalt des Geschäftsführers der EVA, Prof. Peter Weiser, der nun als Koordinator für das Mozartjahr 1991 agiere. Der Betrag sei sehr hoch, und die VP sei der Meinung, daß dies auch billiger ginge. Czerny befaßte sich dann mit den Vorbereitungen für das Mozartjahr und merkte kritisch das Festhalten an Klischees zur Person Mozarts an. Als pietätlos finde er den geplanten Trauerkondukt nach dem Mozartrequiem im Stephansdom. Die SPÖ hätte ehrlicher sein müssen, meinte Czerny, denn die ehrenamtliche Tätigkeit von Prof. Weiser koste in Wirklichkeit in den drei Jahren als Koordinator über sieben Millionen Schilling.

GR. Dr. AIGNER (SPÖ) wies die Kritik seines Vorredners zurück. Prof. Weiser habe bereits umfangreiche Vorschläge eingebracht, das Angebot des Mozartjahres reiche von einer Großausstellung über Konzerte, bis zum Musiksommer und zahlreichen anderen Aktivitäten. Auch für den Fremdenverkehr biete das Mozartjahr viel Attraktivität. Das Mozartrequiem am 6. Dezember 1991, das via Fernsehen in die ganze Welt übertragen werde, sei einer der Höhepunkte.

ABSTIMMUNG: Die Subventionsliste ohne Subvention an die EVA wurde einstimmig angenommen, die Subvention für die EVA mit den Stimmen der SPÖ.

Forts. von Blatt 1116

Forts. auf Blatt 1118

Mittagessen in Ganztagschulen

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte, die Lieferung des Mittagessens an Wiener Ganztagschulen für das Schuljahr 1989/90 an die Firma WIGAST zu vergeben.

GR. Dr. Gerda WINKLBAUER (ÖVP) kritisierte die Zubereitung des Essens durch die WIGAST am jeweiligen Vortag. Kleinere Küchen würden eher in der Lage sein, flexibel auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen und ein Essen nach modernen Ernährungsstandpunkten zu liefern. Im übrigen sei die Lieferung durch die WIGAST weder mit den Schulen, noch mit den Elternvereinen abgesprochen.

Im Schlußwort wies GR. DUMSER darauf hin, daß die Eltern selbst oft zu wenig Sorgfalt für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder aufwenden. Es gebe bereits einen Versuch, und zwar in der Schule im 2. Bezirk, Aspernallee, eine andere Form des Mittagessens für die Kinder zu finden. Darüber hinaus solle man nicht nur nach neuen Lieferanten Ausschau halten, sondern auch die WIGAST anregen, eine neue Form der Verpflegung für die Schulen zu finden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag von GR. Dr. Winklbauer, die Schulmenüs ab dem Jahr 1990/1991 in Absprache mit Schulen und Elternvereinigungen zu vergeben und dabei die moderne Ernährungslehre einzubeziehen, wurde zugewiesen.

Studiengebühren für die Musiklehranstalten

GR. STEINBACH (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Studiengebühren der Musiklehranstalten der Stadt Wien.

Es handle sich bei der Erhöhung der Studiengebühren für die Musiklehranstalten, sagte GR. GINTERSDORFER (FPÖ), um eine massive und beachtliche Maßnahme, die zu Lasten der Schüler und Eltern gehe. In keinem anderen Bereich hätte man über eine rund 25prozentige Gebührenerhöhung hinweggesehen. Aus bildungspolitischen Überlegungen, die sich gegen eine Benachteiligung der musischen zugunsten der kognitiven Bildung wenden, lehne die FPÖ diesen Antrag ab.

Das Konzept der Musiklehranstalten, erklärte GR. STRANGL (SPÖ), sehe deren Ausbau vor. Strangl verwies auf wesentlich höhere Gebühren in allen anderen Bundesländern. Allerdings sei es nicht möglich, den gesamten Musikbereich seitens der Stadt Wien zu tragen, die Diskrepanz zu privaten Ausbildungsstätten sei ohnedies schon hoch genug. Man habe im Musikschulbereich wesentliche Aus- und Umbauten getätigt und mehr Personal eingestellt.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen.

Subvention für Tierschutzverein

GR. JANK (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Subvention für den Tierschutzverein. Sie soll ab 1. Jänner 1989 jährlich 616.824 Schilling (wertgeschert) betragen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß die Veterinärmedizinische Universität derzeit die kranken Tiere mittelloser Eigentümer kostenlos behandelt und dabei monatlich bis zu 50.000 Schilling für Medikamente aufwendet. Das ist laut einer Feststellung des Rechnungshofes unzulässig. In einem ANTRAG verlangte Hirnschall, daß der Wiener Tierschutzverein aus den Mitteln seiner Subvention einen Beitrag zu den Medikamentenkosten leisten soll. Nach den Vorstellungen Hirnschalls könnte im Gegenzug die Subvention angehoben werden.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück wurde einstimmig angenommen, der FPÖ-Antrag zugewiesen.

Forts. von Blatt 1117

Forts. auf Blatt 1119

Tarifänderungen bei Bädern

Berichterstatterin GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) beantragte Tarifänderungen bei den öffentlichen Schwimmbädern.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP diesen Änderungen zustimmen werde. Offen bleibe die Frage, weshalb Privatschulen von Tarifiermäßigungen etwa für den Schwimmunterricht oder auch das Eislaufen ausgeschlossen bleiben. Die Sportförderung der Stadt Wien sollte nicht nur Vereinen zugute kommen. Auf einen ANTRAG der ÖVP vom 30. November 1988 habe man keine entsprechende Antwort bekommen, weshalb neuerlich ein BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG eingebracht werde.

GR. Maria PAUL (SPÖ) erklärte, daß zahlreiche Wünsche von Bäderbesuchern mit den Tarifänderungen berücksichtigt werden, wie etwa die Begleitmöglichkeit der Kinder in Freibädern durch Erwachsene. Auch werde im Bäderausschuß gemeinsam mit vielen Interessensvertretungen darüber beraten, wie die öffentlichen Bäder noch attraktiver gemacht werden können. Erfreulich sei jedenfalls eine Zunahme des Bäderbesuches in letzter Zeit.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück sowie die Zuweisung des Antrages der ÖVP an den zuständigen Gemeinderatsausschuß wurden einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 15.55 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1118